

Ständeratswahlen Kanton Zürich: Wer vertritt uns?

..... Von Patrick Haefliger

In den kommenden vier Jahren werden in Bern die Weichen für viele der LGBTQ-Themen gestellt. Die «Ehe für alle», das Adoptionsrecht und die Fragen des Diskriminierungsschutzes sind bereits auf der Agenda des Parlaments. Im Kanton Zürich könnte die Ausgangslage nach dem Rücktritt der beiden bisherigen Felix Gutzwiller (FDP) und Verena Diener (GLP) spannender kaum sein. Die HAZ hat deshalb bei den Kandidierenden über die Plattform regenbogenpolitik.ch ihre Position zu den Anliegen der LGBTQ-Community abgefragt und die Übereinstimmung ausgerechnet.

**Bastien Giroud, Grüne
(Übereinstimmung: 100%)**



zu 100% und hat im Nationalrat immer zu unseren Gunsten abgestimmt. Sein Slogan «Für eine Schweiz mit Zukunft – jetzt erst recht» steht im Zusammenhang mit der Entwicklung einer diskriminierungsfreien Gesellschaft und der Öffnung der Ehe für sich selbst. Mit Giroud hätte der Kanton Zürich einen der jüngsten Vertreter im Ständerat und er wäre, was unsere Anliegen betrifft, ein starker Verbündeter.

**Daniel Jositsch, SP
(Übereinstimmung: 99%)**



Der engagierte Umwelt- und Naturwissenschaftler aus dem Kanton Zürich wurde einst bekannt, als er sich mit seinem Sixpack bei einem Polizeiauto ablichten liess, um gegen die repressiven Massnahmen der Ordnungshüter zu demonstrieren. Daraufhin machte er schnell Karriere: 2006 als Gemeinderat und im Jahr darauf mit seiner Wahl in den Nationalrat. Mittlerweile ist er Vizepräsident der Grünen Schweiz. Bastien Giroud unterstützt unsere Anliegen

«Diskriminierungsverbot aufgrund der sexuellen Identität» ein, die allerdings weder vom Bundesrat noch vom Parlament mehrheitlich unterstützt wurde. Jositsch teilt unsere Ziele aber uneingeschränkt.

Einen minimalen Punkteverlust erhält er, weil er an der Abstimmung über einen «Bericht zum Recht auf Schutz vor Diskriminierung» (Postulat von Nationalrat und HAZ-Vorstand Martin Naeff) abhörte er zu den Mitunterzeichnern. Sein Slogan: «Ich setze mich ein für qualitativ hochstehende Bildung, öffentliche Sicherheit und den konsequenten Schutz der Menschenrechte und eine gesunde Wirtschaft im Interesse des ganzen Landes.» Auch Daniel Jositsch wäre bei einer Wahl ein Vertreter der Anliegen der Community im Ständerat.

**Martin Bäumle, GLP
(Übereinstimmung: 97%)**



Der Parteipräsident der GLP Schweiz unterstützt die Anliegen der Community beinahe vollständig. Nur mit seiner Antwort «keine Position» betreffend die Aufhebung des Verbots der künstlichen Befruchtung für eingetragene PartnerInnen hat er etwas an Boden verloren.

Positiv hervorzuheben ist die Tatsache, dass er sich mit seinem Abstimmungsverhalten die vergangenen vier Jahre für unsere Themen ausgesprochen hat.

Der Grund, warum man ihn gemäss eigenen Worten wählen soll: «Ich möchte meine langjährigen Erfahrungen als Politiker auf allen Ebenen und mein Wissen neu auch im Ständerat einbringen.» Für die Anliegen der Community wäre Martin Bäumle ein guter Verbündeter im Ständerat.

**Barbara Schmid-Federer, CVP
(Übereinstimmung: 79%)**



Bei der Unternehmerin und Familienfrau aus Männedorf fällt auf, dass sie zu vielen Themen noch keine Position hat. Betreffend der Adoption formuliert sie: «Die Adoption von Kindern des Partners oder der Partnerin sollte möglich sein. Ob dies auch für jede andere Art der Adoption gelten soll, dazu habe ich mir noch keine Meinung gebildet. Wir führen diese Diskussion im Moment in einer Arbeitsgruppe in der Partei.» In der Tat hat sie der Stiefkindadoption im Nationalrat bereits zugestimmt. Zur Ehe für alle sagt sie im Grundsatz Ja, weil «die Zivilheirat von homosexuellen Paaren

ein wichtiger Schritt dazu wäre, dass gleichgeschlechtliche Paare rechtlich weniger diskriminiert werden.» Betreffend die CVP-Initiative zur Abschaffung der Heiratsstrafe äussert sie sich so: «Zusammen mit der CVP Kanton Zürich habe ich mich dafür eingesetzt, dass wir auf das Festsetzen des Ehebegriffs in der Verfassung verzichten sollten. Leider hatten wir damit kein Erfolg in der Mutterpartei.» Im Nationalrat war sie bei der Abstimmung über die eigene Initiative abwesend.

**Maja Ingold, EVP
(Übereinstimmung: 60%)**



Die langjährige Nationalrätin aus Winterthur tritt mit dem Versprechen an, «in unserer Schweiz Gesetzgebungen so zu gestalten, dass sie ein solidarisches Zusammenleben ermöglichen auf der Grundlage von Werten, die Menschenrecht und Würde sowie Verantwortung für unsere nachfolgenden Generationen wahrnehmen.» Gerade bei der Frage der «Ehe für alle» basieren ihre Entscheidungen auf den Werten und sie stellt sich somit gegen die Öffnung der Ehe. Sie spricht für die Zukunft aber davon, dass «wenn dereinst die Gesell-

schaft ein neues Institut definiert, das die «heutige» Ehe ablösen soll, wird auch neu festgelegt, für wen es gilt.»

Nationalrätin Ingold unterstützte die Stiefkindadoption und findet es ebenfalls richtig, wenn gleichgeschlechtliche Paare Pflegekinder aufnehmen können. Bei der Abstimmung über die CVP-Initiative (Heiratsstrafe, bei der gleichzeitig die Ehe als Verbindung zwischen Mann und Frau in die Verfassung geschrieben werden soll) gewichtete sie das erste Anliegen höher und stimmte im Nationalrat noch zu. Sie findet diese Definition aber ebenfalls falsch und antwortet in unserem Fragebogen deshalb «Keine Position».

**Hans-Ueli Vogt, SVP
(Übereinstimmung: 58%)**



Die SVP schickt den Professor für Wirtschaftsrecht und Kantonsrat Hans-Ueli Vogt ins Rennen, der offen zu seinem Schwulsein steht. Er setzt sich gemäss eigenem Slogan «für eine freie, unabhängige Schweiz» ein. Aus seiner Feder stammt die Selbstbestimmungsinitiative, die im Wesentlichen fordert: «Die Bundesverfassung steht über dem Völkerrecht und geht ihm vor, unter Vorbehalt der zwingenden

Bestimmungen des Völkerrechts.» Nötigenfalls seien völkerrechtliche Verträge zu kündigen. Vogt stellt sich gegen «schweizweit bis hin zu den einzelnen Themen vereinheitlichte Lehrpläne», es reiche, wenn im «Sexualkundeunterricht gesagt wird, dass es verschiedene Formen der Sexualität gibt». Entgegen der Haltung seiner Partei sagt er Ja zur Öffnung von Adoption und Ehe, möchte allerdings einen anderen Begriff für die «Ehe» verwenden. Bei der eingetragenen Partnerschaft stellt er sich als einziger Kandidat gegen die erleichterte Einbürgerung.

Mit dem Thema Trans* hat er sich zu wenig auseinander gesetzt, um dort eine Haltung einzunehmen. Über den Diskriminierungsschutz sagt er: «Im privaten Bereich bin ich allgemein gegenüber Diskriminierungsverboten kritisch eingestellt. Hier hat meines Erachtens der Gedanke der Vertragsfreiheit Vorrang.» In extremen Fällen greife zudem der Persönlichkeitsschutz. Bei seiner Kandidatur liegen keine Daten zum Abstimmungsverhalten im Nationalrat vor. Die SVP-Fraktion hat sich bei den betreffenden Fragen (mit Ausnahme der CVP-Initiative) aber immer gegen die Anliegen der Community gestellt.

**Ruedi Noser, FDP
(Übereinstimmung: 55%)**

Überraschend konservativ fallen die Antworten des FDP-Kandidaten Ruedi Noser aus, der nach zwölf Jahren in der grossen Kammer in den Ständerat wechseln möchte. Als einer der wenigen Unternehmer im Parlament betont er seinen Einsatz «für Arbeitsplätze, die nicht nur der Grundpfeiler des Wohlstands unseres Landes sind, sondern auch unsere Gesellschaft



zusammenhalten.» Betreffend unserer Themen: Er ist gegen die künstliche Befruchtung, und gegen die Gleichstellung beim Adoptionsrecht. Bei der Ehe für alle sagt er: «Homosexuelle Paare sollen in allen partnerschaftlichen Rechten gleichgestellt werden und sich bei der Angabe des Zivilstands als verheiratet bezeichnen können. Das Wort Ehe sollen wir aber für heterosexuelle Paare reservieren.» Und er macht mit seinem Nein zum Adoptionsrecht gleich nochmal eine weitere Unterscheidung:

«Ich finde es für ein Kind wichtig, dass es mit einer Mutter und einem Vater aufwachsen und beide Geschlechter erleben kann.» Dieser Widerspruch, seine Haltung gegen eine Ausweitung des Diskriminierungsschutzes und gegen die Thematisierung von LGBTIQ im Lehrplan erklären den tiefen Wert bei der Übereinstimmung. ●

Die genaue Berechnungsmethode sowie die Antworten der Kandidierenden für den National- und Ständerat: www.regenbogenpolitik.ch